

gedrückt und privatisiert auf Teufel komm raus.“

„Es gab einen ganz massiven Druck, die Privatisierungen möglichst schnell durchzuziehen und rasch fertig zu werden“, sagt die Stuttgarter Rechtsanwältin Sylvia Birkhold, die bis Dezember vergangenen Jahres in der Treuhand-Niederlassung Halle für die rechtliche Überprüfung der Privatisierungsverträge zuständig war. Schnelles Tempo sei wichtiger gewesen als die Qualität der Arbeit.

Die Treuhand-Zentrale forderte laufend Erfolge, bei rechtzeitiger Planerfüllung winkten hohe Prämien. Direktoren erhielten 88.000 Mark, Abteilungsleiter 40.000 Mark und Referenten drei Monatsgehälter als Bonus.

„Wenn die Juristen einige überhastet abgeschlossene Verträge beanstandeten“, erinnert sich Sylvia Birkhold, „hieß es gleich: Sie versauen uns die Monatsstatistik, Sie gefährden meine Prämie, nun segnen Sie das mal schnell ab.“

Nun, da sich die Fehlschläge häufen, mehren sich auch in der Treuhand selbstkritische Stimmen. Zu häufig habe man auf schwache Investoren gesetzt, habe ihre Bonität nicht ausreichend geprüft und sei bei der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu knickrig gewesen.

„Heute zeigt es sich doch als Fehler“, gesteht ein führender Treuhand-Manager, „daß der Erfolg einer Privatisierung bei uns vor allem daran gemessen wurde, wieviel Schulden man dem Käufer aufhalsen konnte – und nicht, ob der Betrieb überlebensfähig war.“ □

Rußland-Schulden

Druck auf allen Ebenen

Rußland braucht neue Milliarden. Doch es kann nicht einmal die Zinsen zahlen.

Fast ängstlich waren die mächtigsten Staatsführer der westlichen Welt in Tokio bemüht, ihren schwächsten Partner zu hofieren.

US-Präsident Bill Clinton schmeichelte dem am Donnerstag der vergangenen Woche zum Weltwirtschaftsgipfel angereisten Boris Jelzin, der japanische Ministerpräsident Kiichi Miyazawa unterdrückte seinen Groll über den unhöflich zweimal verschobenen Staatsbesuch des Moskauer. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl schwärmte am Freitag, Rußland sei „ein starkes Land, ein starkes Volk“.



Gipfelbesucher Jelzin, Gastgeber Miyazawa - Den Industriestaaten fehlen die Mittel

Der Auftritt Jelzins im Akasaka-Palast entsprach dem vorgeprägten Rollenbild. Wie schon im Vorjahr in München gab er sich selbstbewußt, spielte den Zaren einer Weltmacht, nicht den Bittsteller. Die Milliarden-Zusagen der Industrielländer kassierte er gleichsam nebenher.

Tage zuvor hatte Jelzins Finanzminister Boris Fjodorow in Moskau den Tokioter Auftritt seines Chefs bereits mit kühnen Behauptungen vorbereitet. „Wir fordern keinerlei Hilfe“, sagte Fjodorow, „wir verlangen nichts umsonst.“ Kredite, ja, die brauche man, aber dafür zahle man schließlich Zinsen.

Wenn es nur so wäre. Gespannt hatten die Gipfel-Touristen in Paris, Rom, Washington und Bonn eine Woche vor ihrem Abflug nach Japan am Zinstermin 30. Juni auf Überweisungen aus Moskau gehofft. Es rührte sich nichts auf den Konten.

In der Umschuldungsvereinbarung hatten die Russen versprochen, 1993 insgesamt wenigstens 3,5 Milliarden Mark zur Bedienung ihrer Schulden aufzubringen. 2 Milliarden davon sind für die im Pariser Klub versammelten Gläubigerstaaten bestimmt, 1,5 Milliarden für Privatgläubiger. Am 30. Juni hätten in Bonn 50 Millionen Mark eingehen müssen. Das Datum, heißt es in einem Papier des Finanzministeriums, wurde „von Rußland mißachtet“.

Nicht einmal dieses Sümchen konnte Jelzin im Angesicht des für ihn so wichtigen Gipfels bezahlen. Da half keine geheime Demarche von Finanzminister Theo Waigel, kein „Druck auf allen Ebenen“ (ein Bonner Beamter).

Dennoch mieden die großen Sieben in Tokio das für Jelzin peinliche Thema. „Wenn wir ihn direkt darauf ansprechen“, so ein Kohl-Minister, „fängt er an zu schreien.“

Es geht um mehr als 50 Millionen Mark. Die Zahlungsverweigerung belegt nicht nur das immer noch herrschende Finanz- und Verwaltungschaos. Sie ist auch Ausweis der nach wie vor desolaten wirtschaftlichen Situation. Die in Tokio entdeckten ersten Zeichen des Wandels zum Besseren beruhen weitgehend auf Wunschdenken.

Das ist das Dilemma der Industrieländer: Die Anhäufung von Atomwaffen in den Nachfolgestaaten der Ex-UdSSR, die brandgefährlichen Atomteiler des Tschernobyl-Typs zwingen zu dem verzweifelten Versuch, das Riesereich wirtschaftlich zu stabilisieren.

Der Erfolg ist zweifelhaft, die eigentlich notwendigen Mittel können die Industriestaaten nicht aufbringen. Doch die Alternative, alles treiben zu lassen, schreckt noch mehr. Das sieht, anders als Vorgänger George Bush, auch Bill Clinton so.

Stolz verkündete er, als Instrument gegen die russische Misere einen Privatisierungsfonds von drei Milliarden Dollar durchgesetzt zu haben. Ursprünglich wollten die Industrieländer nur zwei Milliarden Dollar einbringen.

Kein Land wird viel frisches Geld dafür aufwenden. Weltbank und Osteuropa-Bank wollen die Summe als normalen Kredit für Privatunternehmen in Rußland einschießen, abgesichert durch eine Moskauer Staatsgarantie. Eine weitere Milliarde besteht aus Exportgarantien; hinzu kommen 500 Millionen Dollar für technische Hilfe sowie 500 Millionen Dollar für kleinere Unternehmen und für Verwaltungshilfe.

Die Deutschen werden, um ihren Beitrag zu leisten, den für 1993 geltenden Rahmen von vier Milliarden Mark für Exportkredite nicht einmal aufstocken;

der deutsche Anteil besteht im wesentlichen aus einer Umbuchung. Bereits gegebene Bürgschaften für Geschäfte, die dann doch nicht zustande kamen, werden für neue Abschlüsse freigegeben.

Daß so den Russen nicht wirklich zu helfen ist, wissen auch die Industrieländer. Und welche Gefahren von den russischen Atomreaktoren und dem atomaren Waffenarsenal ausgehen, haben die Gipfel-Vorbereiter ihren Chefs sorgfältig aufgeschrieben.

An Einsicht fehlt es, anders als noch in München, nicht mehr. Trotzdem fühlte sich der deutsche Kanzler zum Tadel provoziert. „Die Ruhe einiger“ an der Tafel sei „ihm völlig unverständlich“, so Kohl. Komme es zu einem Tschernobyl II, habe man es nicht nur mit den Folgen der Strahlung zu tun, dann sei auch die Kernindustrie im Westen am Ende.

Doch was tun? Allein die Abschaltung uralter Reaktoren, die Umrüstung noch brauchbarer Atomanlagen und der Bau von Ersatzkraftwerken würde 20 Milliarden Dollar kosten. Und die will niemand aufbringen.

So kehrte Jelzin ohne große Hilfe, aber mit ungebrochenem Selbstbewußtsein nach Moskau zurück. „Ich war hier kein Schüler“, sagte er zum Abschied, „der von Lehrern examiniert wird.“ □

Banken

Gegen Honorar

Nach dem Präsidenten muß nun auch der Vize der Osteuropabank gehen – wegen dubioser Geschäfte in Ostdeutschland.

Seine steile Karriere verdankt Manfred Abelein seinem Parteifreund Helmut Kohl. Der hatte den strammen Rechtsaußen nach dem Verlust des Wahlkreises als Vize der Osteuropabank (EBRD) nach London geschickt.

„Welche Peinlichkeit“, stöhnte damals das *Handelsblatt* über die Berufung des Banklaien. Ausgerechnet Abelein, einer der exponiertesten Gegner der Ostpolitik, sollte nun die Hilfe für Osteuropa organisieren.

Peinlich ist auch der tiefe Sturz des Manfred Abelein, 62. Doch den hat er ganz allein geschafft.

Allzusehr hatte Abelein (Jahreseinkommen bei der Osteuropabank: rund 270 000 Mark netto) seine Hilfe einem Betrieb im Osten Deutschlands ange-

dient. Der Neu-Banker hat dabei Honorare in Millionenhöhe kassiert.

Solche dubiosen Geschäfte sind nicht nur ein Verstoß gegen die guten Sitten. Als Mitarbeiter der Osteuropabank darf Abelein überhaupt keine Nebentätigkeiten und -einnahmen haben. In Tokio waren sich Kohl und Finanzminister Theo Waigel deshalb vergangene Woche einig: Abelein ist nicht zu halten.

Auch Jacques Attali, der umtriebige und eitle Präsident der EBRD, scheiterte nicht an der Ineffizienz seines Managements und an seiner Verschwendungssucht beim Umbau des Bankgebäudes. Gehen mußte der Franzose, weil er 30 000 Dollar Honorar für eine Vortragsreise nach Japan kassiert und den Trip als Dienstreise abgerechnet hatte.



Bankier Abelein
Verstoß gegen die Dienstvorschriften

Nach Attalis Sturz pochten vor allem die Franzosen darauf, auch die Vizepräsidenten zu überprüfen. Im Visier hatten sie den ungeliebten Abelein, der in der Bank als „Null-Nummer“ gilt. Presseberichte über dessen private Aktivitäten im deutschen Osten haben den Verdacht geschürt, daß der Deutsche gegen die Dienstvorschriften verstoßen hat.

Wahrscheinlich hat der Christdemokrat bei seiner Einstellung im April 1991 seinen Aufsichtsratsposten bei den Zwickauer Sachsenring Automobilwerken (SAZ) deklariert, vielleicht hat er auch seine Aufwandsentschädigung von jährlich 20 000 Mark angegeben.

Doch die reichte dem Vizepräsidenten der Osteuropabank nicht. Der Ex-Bundestagsabgeordnete und Rechtsprofessor stellte sich außerdem als juristischer Berater für die um ihr Überleben kämpfende ostdeutsche Firma zur Verfügung – gegen Honorar natürlich.

Der juristische Berater Abelein präsentierte dem Unternehmen, dessen Wohlergehen der Aufsichtsrat Abelein eigentlich verpflichtet sein sollte, eine Rechnung, die der Firma gefährlich viele liquide Mittel entzog. Er vereinbarte, „für meine anwaltlichen Bemühungen“ beim Verkauf des SAZ-Gelenkwellen-Werkes „25/10 aus einem Gegenstandswert von DM 203 Millionen“ zu erhalten.

Üblicherweise werden Projekte dieser Größenordnung nicht nach der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (Brago) abgerechnet, sondern nach Tagessätzen. Andernfalls schießt das Honorar unge rechtfertigt in astronomische Höhen.

Abelein rechnete allerdings auf Basis der Gebührenordnung ab, nicht aber mit den dort gängigen Margen zwischen 7,5 und maximal 15 Zehnteln der Standardgebühr; er hob den Satz auf 25 Zehntel. Diese Marge wiederum bezog der kundige Jurist nicht, wie marktüblich, auf den letztendlichen Erlös aus dem Geschäft (der später bei 44,5 Millionen Mark lag), sondern auf den ursprünglichen Gegenstandswert von 203 Millionen Mark.

So wurde aus der Beratertätigkeit ein Millionengeschäft. Abelein und sein Geschäftsfreund und Aufsichtsratskollege Werner Frantz, die partnerschaftlich in mehreren Fällen Rechtsbeistand leisteten, kassierten insgesamt mehr als 6,5 Millionen Mark.

Erst ein Jahr später regte einer der SAZ-Geschäftsführer, der Unternehmensberater Horst Meyer aus Hannover, bei der SAZ-Eigentümersin Treuhand eine juristische Prüfung des Falles an. Das Ergebnis war eindeutig: Die Verträge waren nicht korrekt.

Im Dezember 1992 vereinbarte die Treuhand mit Abelein und Frantz einen Vergleich: Die beiden zahlten etwas mehr als zwei Millionen Mark an SAZ zurück, als Eingeständnis zuviel kassierter Honorare. Und die Treuhand erklärte sich bereit, Abeleins Beutelschneiderei nicht weiter zu kommentieren oder zu verbreiten. Abelein und Frantz legten ihre Aufsichtsratsmandate nieder.

Offenbar war niemand daran interessiert, die Ausplünderung des Unternehmens durch einen bekannten CDU-Politiker publik zu machen. Bis heute hat die Treuhand keinen Revisionsbericht zum Fall Abelein/SAZ veröffentlicht.

Bei der Osteuropabank kommt der Christdemokrat nicht so ungeschoren davon. Dort endet mit der Affäre seine Karriere. □